

EINLADUNG

2. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin: **Donnerstag, 24.02.2022, 17:30 Uhr**

Raum, Ort: **Zoom-Meeting**

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Anwesenden
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Mitteilung der und Fragen an die Verwaltung
- 4 Besetzung des örtlichen Beirats des Jobcenters Berlin
Charlottenburg-Wilmersdorf durch die Ausschussvorsitzende und
einer Stellvertretung
- 5 Abschied nehmen zulassen - Trauerfeiern bei Sozialbestattungen **2079/5**
ermöglichen!
Fraktion DIE LINKE
- 6 Mobilitätsberatung im Bezirk einführen **2073/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Öffnet die Senioren Clubs **1962/5**
SPD-Fraktion
- 8 Fahrrad für Mobilitätsbeeinträchtigte **2009/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Pfandringe an Mülleimern anbringen **2017/5**
Fraktion DIE LINKE
- 10 Erhalt der Seniorenwandergruppe sichern **0017/6**
CDU-Fraktion
- 11 Verschiedenes

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihren Vertreter zusenden oder Ihre Fraktion benachrichtigen.

Hüneke
Ausschussvorsitzende

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 2079/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Abschied nehmen zulassen - Trauerfeiern bei Sozialbestattungen ermöglichen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften- und Sozialverbänden bei sogenannten Sozialbestattungen nach § 74 SGB XII und nach § 16 Absatz 3 Bestattungsgesetz Trauerfeiern unentgeltlich anzubieten und sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2021 zu berichten.

Begründung:

In Charlottenburg-Wilmersdorf werden bei sogenannten Sozialbestattungen, sowohl bei der Kostenübernahme nach § 74 SGB XII, als auch bei den ordnungsbehördlichen Bestattungen nach § 16 Absatz 3 Bestattungsgesetz, keine Trauerfeiern durchgeführt oder übernommen. Da aber bereits der Bedarf einer Sozialbestattung in den meisten Fällen eine würdige Trauerfeier ausschließt, ist ein würdiges Abschiednehmen in diesen Fällen nicht möglich. Es darf nicht sein, dass der Geldbeutel darüber entscheidet, ob und wer sich von einer verstorbenen Person verabschieden kann. Armut darf keine Strafe sein und darf nicht verhindern, dass Menschen so aus dem Leben scheiden, wie sie es verdient haben.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 2073/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mobilitätsberatung im Bezirk einführen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, in den Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern in Charlottenburg-Wilmersdorf eine Mobilitätsberatung anzuregen oder einzuführen. Ziel dieser soll es, Menschen aufzuzeigen, wie sie ohne Auto mobil sein können und auf die verschiedenen Angebote des Umweltverbundes zugreifen können. Diese soll aktiv auf die Menschen vor Ort in den Quartieren zugehen und auf der Webseite des Bezirksamtes, mit Flyern, in Sozialen Medien u.a. beworben werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2022 zu berichten.

Begründung:

Um Menschen aufzuzeigen, wie sie ohne Auto mobil sein können, braucht es auch niedrigschwellige Beratung ortsnah im Kiez. Viele Angebote wie die Ausleihe von Lastenrädern können so bekannter werden, um so eine Alternative zum Auto zu sein. Gerade für kleinere Transporte sind Lastenräder eine umweltfreundliche Möglichkeit, etwas von A nach B zu bringen. Diese können kostenlos sein wie z.B. die der „flotte Berlin“. Sie sind damit auch von Menschen mit wenig Einkommen einfach zu nutzen. Darüber hinaus sollte informiert werden, wie z.B. ein Sozialticket erworben werden kann und genutzt werden kann. Ziel des Ganzen ist, klima- und umweltschonende Fahrzeuge mehr zu nutzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß/Hansen

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1962/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Öffnet die Senioren Clubs

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten die zeitnahe Öffnung der Senioren Clubs im Bezirk zu ermöglichen.

Der BVV ist bis zum 30.06.2021 zu berichten.

Begründung:

Der größte Anteil der Seniorinnen und Senioren sind bereits 2 fach geimpft und haben dadurch die Möglichkeit wieder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Nach langer Zeit der Corona bedingten Einschränkungen, besteht der dringende Wunsch sich wieder mit anderen Seniorinnen und Senioren in den Clubs zu treffen, um nicht weiter zu vereinsamen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 2009/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fahrrad für Mobilitätsbeeinträchtigte

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Rollstuhlfahrrad den Einwohner*innen zum Ausleihen zur Verfügung zu stellen.

Der BVV ist bis zum 30.8.2021 zu berichten.

Begründung:

Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, können sich oft nur in einem kleinen Umkreis bewegen. Mit einem Rollstuhlfahrrad erweitert sich ihre Erlebniswelt. Für den Verleih kann mit einem Träger zusammengearbeitet werden.

Ein Rollstuhlfahrrad ist ein Fahrrad, das eine weitere Sitzgelegenheit bietet für Menschen, die mobilitätsbeeinträchtigt sind.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 2017/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Pfandringe an Mülleimern anbringen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, an hoch frequentierten Orten und Abfallhotspots die öffentlichen Müllbehälter mit sogenannten „Pfandringen“ auszustatten bzw. von den zuständigen Stellen ausstatten zu lassen. Parallel dazu soll das Bezirksamt durch Bekanntmachungen in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Benutzung der Pfandringe schaffen.

Begründung:

Es ist schlimm genug, dass sich viele Menschen aus sozialer und finanzieller Not heraus gezwungen sehen, durch das Sammeln von Pfandflaschen ihre nicht auskömmlichen Sozialleistungen, zu niedrigen Einkommen oder zu kleinen Renten geringfügig aufbessern zu müssen. Durch Pfandringe, die entweder an Pfählen und Masten oder direkt um den Müllbehälter herum angebracht werden, wird das Pfandflaschensammeln zumindest erleichtert und die Verletzungsgefahr durch das Hineinfassen in die Müllbehälter verringert; zumindest so lange, bis endlich eine faire Umverteilung der finanziellen Ressourcen stattfindet! Städte wie Hamburg und Köln haben gezeigt, dass der zusätzliche Personalaufwand gering ist und die Anschaffungskosten mit 70 bis 150 Euro pro Ring durchaus überschaubar sind. Zudem leisten Pfandringe in Zeiten von »Zero Waste« einen Beitrag zum Umweltschutz.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Frey/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0017/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Erhalt der Seniorenwandergruppe sichern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den weiteren Erhalt der „Sonntagswanderer“ sowie der „Wandergruppe Spree“ zu gewährleisten.

Begründung:

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk, der besonders vom demokratischen Wandel betroffen ist. Daher ist es unerlässlich, die bestehenden Angebote für Seniorinnen und Senioren (Aktivitäten außerhalb der Seniorenclubs) mindestens zu erhalten. Der Verlust von gleich zwei Wandergruppen wäre ein fatales Signal für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Daher ist das Bezirksamt angehalten, in Kooperation mit anderen Akteuren wie dem Deutschen Roten Kreuz oder den Maltesern, eine Lösung zum Fortbestehen der Wandergruppen zu gewährleisten, die auch in besonderen Situationen wie der noch immer anhaltenden Pandemie, Aktivitäten ermöglicht, die sich im Rahmen der geltenden Hygienerichtlinien bewegen.